



Rubrik vom 26. Januar 2006

## **Gewerbeverband der Stadt Zürich**

### **Nach 70 Jahren der blaue Brief...**

Stellen Sie sich vor: Sie haben eine kleine Firma. Diese Firma macht seit über 70 Jahren im Auftrag des Tiefbauamtes die Schneeräumungsarbeiten in Zürich-Schwamendingen. Und nach über 70 Jahren erhalten Sie am allerletzten Tag der Kündigungsfrist einen Standardbrief, worin auf ganzen fünf Zeilen die jahrzehntelange Zusammenarbeit aufgelöst wird, ohne persönliches Gespräch und mit einem lapidaren Verweis auf «wirtschaftliche Gründe». Genau dies ist der Schwamendinger Firma Peter Transport AG widerfahren, die sich mit ihrer 12-köpfigen Crew an allen möglichen Quartieraktivitäten beteiligt, vielfach auch gratis. Der Quartierverein Schwamendingen hat beim Stadtrat gegen diese Kündigung interveniert – leider erfolglos. Ausser der Peter Transport AG haben 16 weitere private Betriebe vom Tiefbauamt die Kündigung erhalten.

### **Scheinsparen auf dem Buckel der KMU**

Auf den ersten Blick scheint diese Aktion eine Bestätigung dafür zu sein, dass die Verwaltung mit dem Sparen jetzt Ernst macht. Das ist aber nicht der Fall. Vielmehr baut die Verwaltung mit Steuergeldern seinen Fuhrpark aus (neue Pfadschlitzen und Streuer) und expandiert immer weiter in Arbeitsbereiche, die von der Privatwirtschaft erledigt werden könnten. So zum Beispiel auch im Bereich Kehrrichtentsorgung, wo die Stadt Zürich schleichend auf eine Monopolstellung hinarbeitet. Das spart keinen Rappen – im Gegenteil: Die nötigen Ressourcen für die «wirtschaftliche» Tätigkeit der Verwaltung werden aus Steuergeldern finanziert, und nachher folgt der Formularkrieg. Die Wegleitung für die neuen Kehrrechtcontainer umfasst 30 (!) Seiten. Die Formulare umfassen zusätzliche 10 Seiten. Flexible, schnelle Lösungen sind unmöglich wenn erstmal eine komplizierte Bürokratie greift.

### **Nur Produktivität und Effizienz bringen Wachstum**

Die Wachstumschancen eines Landes hängen unter anderem davon ab, wie effizient und wie produktiv gearbeitet wird. Wenn der Staat immer mehr Aufgaben an sich reisst, ist das eine gefährliche Entwicklung, denn in den Amtsstuben wird zwar gearbeitet, aber es gibt oft keine Wertschöpfung. Das liegt auch daran, dass diejenigen die zahlen (die Steuerzahler/innen) nicht vor Ort sind. Bei staatlichen Monopolen spielt der Markt nicht. Die Behörden müssten sich also selbst kontrollieren, was nicht unbedingt in der Natur des Menschen liegt. Wir wünschen uns eine Regierung, die nur dort regiert, wo es nötig und sinnvoll ist.

Richard Späh, Präsident  
Gewerbeverband der Stadt Zürich  
[www.gewerbezuersch.ch](http://www.gewerbezuersch.ch)